

nachrichten

Democratic Voice of Burma

Im Juli 2002 sendete die *Democratic Voice of Burma* seit zehn Jahren auf Kurzwelle Programme für das südostasiatische Land. Die Sendungen begannen am 19. Juli 1992 mit 25 Minuten täglich über die Anlagen von Radio Norway International. Die norwegische Regierung betrachtete das Einräumen von Sendezeit als Zeichen der Unterstützung für die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Starthilfe kam auch von norwegischen Nichtregierungsorganisationen wie Worldview Rights, die sich die Unterstützung von Trägern des Friedensnobelpreises zur Aufgabe gemacht und auch die *Stimme Tibets* und *Radio Kudirat* (für Nigeria) unterstützt hat.

Bis heute nutzt die *Democratic Voice of Burma* Kurzwellsender in Norwegen, sendet nun aber auch von anderen Orten aus, mittlerweile auch über eine Anlage der Telekom.

Zum Kurs des Senders sagte deren Direktor anlässlich des Jubiläums: »Die *Democratic Voice of Burma* hat in den zehn Jahren in enger Verbindung mit den Anliegen der *National Coalition Government of the Union of Burma* gestanden. Obwohl wir unabhängig waren, galt sie darum als Stimme oder Propagandawerkzeug der Exilregierung. Wir wollen aber allein verlässlich und ausgewogen berichten und die *Democratic Voice* zu einer regierungs-unabhängigen Stimme in einem zukünftigen freien Burma weiterentwickeln. Auf jeden Fall werden wir die Sache der Demokratie weiterentwickeln.«

vgl.: *BurmaNet News* 20.7.2002

Die Beziehungen Burmas zum Nachbarland haben sich wieder deutlich verschlechtert. Anlass waren Angriffe von Shan-Rebellen auf Stellungen der Regierungstruppen Burmas im Grenzgebiet, die — angeblich — von thailändischer Seite unterstützt wurden. Die im Mai 2002 von der Rebellenarmee eingenommenen Stellungen wurden im Juni wieder zurückerobert. Es gab aber einen andauernden Propagandafeldzug gegen die thailändische Politik, in der auch der Verteidigungsminister Chavalit, der als juntafreundlich gilt, als »Lügner« bezeichnet wurde.

Die Vorwürfe entzündeten sich an der Behauptung, der

Büro des Hauptquartiers der Karen National Union (KNU) zur aktuellen Lage):

Die Generalsekretärin der National League for Democracy (NLD), Daw Aung San Suu Kyi, wurde am 6. Mai 2002 aus dem Hausarrest entlassen. Die Entlassung wurde im Land und international freudig begrüßt, da sie als ein positiver Schritt hin zu einer Lösung der politischen Probleme Burmas allein durch politische Mittel angesehen wurde. Zugleich waren für viele die Besuche Daw Aung San Suu Kyis und des Vorsitzenden der NLD, U Tin U, zu einigen Büros der NLD in manchen Staaten und townships und ihre Ansprachen an die Bevölkerung Anlass für Freude und Hoffnung.

Trotz solcher ermutigenden Entwicklungen gibt es andererseits auch extrem entmutigende und perverse Sachverhalte. Dazu gehören die fort-dauernde Inhaftierung von mehr als 1.000 politischen Gefangenen bei gleichzeitiger Erhöhung der Strafen für einige, die ansteigende Gewalt und militärischen Angriffe gegen die ethnischen Nationalitäten sowie die andauernde Verweigerung und Vermei-

Die Thais lügen!

thailändische Premier habe von dem Eingreifen der thailändischen Truppen gewusst oder sie sogar angeordnet. Thailand bestritt das und nannte humanitäre Gründe für eine nicht-militärische Unterstützung der Shan. Die Regierung Burmas verfügte am 12. Juli eine Einreisesperre für 15 thailändische Journalisten. Damit antwortete sie auf das am 28. Juni verfügte Einreiseverbot nach Thailand gegen eine für ihre Thailand-feindlichen Artikel bekannten Journalisten der staatlichen Zeitung *New Light of Myanmar* sowie des Herausgebers dieses Blattes. In der burmesischen Zeitung werden, wie in der Vergangenheit, die Thais

abschätzig beurteilt und unter Anspielung auf die burmesische Eroberung der ehemaligen Hauptstadt Ayutthaya im Jahr 1767 als »Yodayas« bezeichnet. Kostprobe aus einem Zeitungsartikel: »Yodayas sind unmoralisch, sie verbergen ihr hässliches Gesicht hinter einem Lächeln, und sie tricksen. Wir, die Angehörigen der myanmarischen Rasse (race) sollten nicht fortfahren, ihre Taten zu dulden.«

vgl.: *rtr*, 24.6.2002; *The Nation*, 11.7.02; *AP* 22.7.2002; *AFP* 15.7.02; *BBC* 22.7.02; *DPA* 29.7.02.

KNU Dokument

eines inhaltlich bedeutungsvollen Dialogs mit der Opposition und die Verursachung von Spannungen an der thai-burmesischen Grenze von Seiten des State Peace and Development Council (SPDC), um die Aufmerksamkeit von der politischen Situation im Lande abzulenken.

Die militärische Clique des SPDC hat in Übereinstimmung mit ihrer Politik der verbrannten Erde seit Jahren brutale militärische Operationen lanciert, wobei in großem Stil ungesetzmäßiges Töten, Brandstiftung, Plündern, Folter und Vergewaltigungen verübt wurden. Gegenwärtig bereitet der SPDC eine Verstärkung seines Krieges unter anderem gegen die Karen-, Karenni- und Shan-Gebiete vor. Er hat Tausende von Trägern, sowohl Strafgefangene wie Zivilisten und Truppen mobilisiert. In der Fortführung seines Krieges wird der SPDC auch fortfahren, Zerstörung, Mord und Vergewaltigung zu begehen. Der aktuelle gemeinsame Bericht des Netzwerks der Shan Frauen Aktivistinnen und der Shan Menschenrechts Stiftung über die Fälle von Vergewaltigung in den Shan-Staaten basiert auf tatsächlichen

Fällen. Die Truppen des SPDC werden fortfahren, solche Scheußlichkeiten zu begehen so lange die Führung den Krieg fortsetzt.

Kurz: Die Situation in Burma ist sehr ernst. Um aus dieser Lage herauszukommen, rufen wir, die KNU, den SPDC feierlich auf, sofort seinen brutalen Krieg gegen die ethnischen Nationalitäten zu beenden, die mehr als 1.000 politischen Gefangenen ohne Bedingungen frei zu lassen und einen inhaltlich bedeutungsvollen Dialog zu beginnen. Gleichzeitig drängen wir die Kräfte zu Hause und in der internationalen Gemeinschaft dazu, Druck auf den SPDC auszuüben und sich für das Entstehen eines wahren Dialogs und von Verhandlungen [mit den Kräften der Opposition] einzusetzen.

vgl. *Europäisches KNU-Büro Portugal*

Nach der Freilassung von Aung San Suu Kyi

Viel Arbeit

Nach Beendigung ihres Hausarrestes am 6. Mai 2002 hat Aung San Suu Kyi ihre Arbeit als Generalsekretärin der National League for Democracy (NLD) aufgenommen. Sie besuchte mehrere Büros der Partei in Rangun und reiste danach nach Mandalay. Eine Fahrt in den Süden des Landes war für Ende Juli geplant. Die Besuche dienen dazu, wie die Generalsekretärin in mehreren Interviews betonte, die Partei so zu organisieren, dass mit ihrer Hilfe ein demokratisches Burma entstehen kann. Ein Schwerpunkt liegt dabei darauf, junge Mitglieder zu gewinnen und zu trainieren.

Mandalay

Die Reise nach Mandalay vom 22. Juni bis zum 1. Juli war in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung und wurde von den Beobachtern mit großer Spannung erwartet. Mandalay hat als letzte Hauptstadt des Königreiches Burma eine hohe symbolische Bedeutung. Die Stadt gilt bis heute als Zentrum der burmesischen Mönchsgemeinde, des sangha. Die Mönche der Stadt waren in der Vergangenheit politisch besonders aktiv. Es ist daher kein Zufall, dass die Blockade von Reisen der Oppositionsführerin nach Mandalay durch die Regierung in der Vergangenheit von besonderer Bedeutung war. Die letzte dieser Reise-Blockaden geschah im September 2000 kurz vor Beginn des vom malaysischen Diplomaten im Auftrag der UN eingeleiteten Dialogs zwischen beiden Seiten.

Die Reise führte über Yen-anyaung, einem Hauptstandort der burmesischen Erdölindustrie und die Stadt, in der Aung San Suu Kyis Vater zur Schule gegangen war, sowie Meiktila, wo eine offenbar nicht vorgesehene Übernachtung erfolgte. Am 26. Juni gab es dann einen großen Empfang vor dem Büro der lokalen NLD, das erst vor kurzem wieder eröffnet worden war und im Unterschied zur Ranguner Zentrale der Partei

ein repräsentatives Gebäude ist. Etwa 5.000 Menschen jubelten der Besucherin zu. Sie hielt — wie schon bei früheren Anlässen vor kleineren Menschenmengen — eine kurze und eher nüchterne Ansprache. Sie betonte die Notwendigkeit von Bildung und dem Erwerb geistiger Stärke, um nicht einem vordergründigen Materialismus anheim zu fallen.

Ein für die Tage danach geplantes Treffen mit einem örtlichen Militärkommandanten fand nicht statt. Es wäre das erste bekannt gewordene Treffen mit einem Mitglied der regierenden Junta nach dem 6. Mai gewesen. Bei ihrer Rückkehr nach Rangun war sie nach Augenzeugenberichten sichtlich erschöpft.

Weitere Besuche

Neben den Besuchen bei den Büros ihrer Partei, die alle den Charakter von Arbeitsbesuchen und nicht von öffentlichkeitswirksamen Auftritten hatten, besuchte Aung San Suu Kyi unter anderem das Büro einer der UN-Organisationen im Lande, um sich hier über die Möglichkeiten von humanitärer Hilfe zu informieren. Ihre erste Reise außerhalb Ranguns nach dem Mai dieses Jahres führte sie in den Kayin (Karen) Staat zum Besuch eines allseits verehrten 83-jährigen Mönchs, den sie schon 1995 aufgesucht hatte und der schon zu Zeiten Ne Wins von Seiten der Militärs hofiert wurde. Neben diesen Besuchen sprach die Oppositionspolitikerin mit zahlreichen in Rangun stationierten Diplomaten, die sie in ihrem Haus besuchten, und gab zahlreiche Interviews.

Themen

Die NLD hatte schon immer die Forderung nach einer zügigen Freilassung aller politischen Gefangenen zu einem Hauptthema erklärt, an dem die Ernsthaftigkeit der anderen Seite abzulesen sei. Seit der Beendigung des Hausarrestes wurden viermal Mitglieder der Partei, insgesamt etwa 40, und

auch andere Gefangene entlassen. Noch wichtiger war die Einigung über die Anzahl der politischen Gefangenen. Die Junta und die NLD einigten sich Mitte Juli 2002 auf die Zahl von insgesamt 275 noch inhaftierten Mitgliedern der NLD und etwa 400 anderen politischen Gefangenen. 283 Mitglieder der Partei waren zu diesem Zeitpunkt schon wieder in Freiheit. Die ursprünglichen Schätzungen westlicher Menschenrechtsorganisation waren mit 1.000-1.500 viel höher als die nun vereinbarten Zahlen.

Das offenkundige Einvernehmen beider Seiten in dieser zentralen Frage wird dadurch unterstrichen, dass die Oppositionsführerin auf Fragen nach dem Schicksal besonders prominenter Gefangener, wie dem des Studentenfürhlers von 1988, Min Ko Naing, nur die allgemeine Aussage machte, dass ihre Partei weiter auf eine schnelle Freilassung aller Gefangenen dränge.

Ein weiteres wichtiges Thema war das der Pressefreiheit. Aung San Suu Kyi äußerte die Absicht, den Antrag auf Gründung einer Parteizeitung stellen zu wollen. Sie drückte aber ihre Zweifel aus, dass dies erlaubt würde.

Bei ihren Besuchen und in den Interviews ging es öfter um die Frage der humanitären Hilfe und der Frage, inwieweit der Boykott westlicher Länder gelockert werden solle. In den Antworten wurde einerseits die Kontinuität der bisherigen Politik betont, die Boykottmaßnahmen forderten. Zum anderen wurde humanitäre Hilfe befürwortet, wenn sie den wirklich Bedürftigen zugute komme und transparent sei. Außerdem würden sich mit dem politischen Dialog nach Ende der vertrauensbildenden Maßnahmen auch die Grundlagen für die bisherige Politik der NLD ändern. An die Adresse westlicher Organisationen erging die Mahnung, die besondere Situation des Landes zu verstehen und flexibel zu reagieren.

Ebenso beweglich reagierte die Politikerin auf die Fragen

nachrichten

nach dem Zeitraum für den politischen Wandel. Sie betonte auf der einen Seite die Notwendigkeit schneller Veränderungen, lehnte aber alle Aussagen über genaue Zeitpläne ab, etwa mit der Begründung, Politik sei unberechenbar, womit sie auf den buddhistischen Grundsatz der Veränderlichkeit aller Dinge anspielte. Sie nannte Zeitspannen von einem bis zu fünf Jahren, in denen es — harte Arbeit vorausgesetzt — sichtbare Veränderungen geben würde. Damit näherte sie sich der bisherigen Argumentation der Regierung, die immer vor hastigen Veränderungen gewarnt hatte.

Ihre Äußerungen zu einem anderen sensiblen Gebiet, dem der politischen Struktur eines zukünftigen multi-ethnischen Staates, waren ebenfalls nicht weit von der offiziellen Linie entfernt. Sie betonte, dass der Begriff »föderal« im Sinne einer Möglichkeit, die burmesische Union zu verlassen, oft falsch verstanden worden sei. In einer »föderalen burmesischen Union« würden dagegen nur die Kompetenzen zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Landesteilen präzise geregelt.

vgl. AP, 16.5., 26.5., 29.5.2002; Irrawaddy 24.5., 18.6.2002; Xinhua 5.6.2002, Burma Campaign, 17.6.2002; The Australian 23.6.2002, AFP 26.6., 28.6.2002; VOA 10.7., 29.7.2002